

NOVEMBER 2007



Roman Sehling
Dr. Norbert Wagner

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WASHINGTON, D.C.



Vorwahlkampf 2007 - Immer noch InevitabHillary?

In den letzten Monaten hat sich im Republikanischen Lager der Präsidentschaftsanwärter vieles verändert: der ehemalige Spitzenreiter Senator John McCain hat einen massiven Spenden- und Popularitätseinbruch erlebt. Dies konnte der ehemalige Bürgermeister von New York Rudy Giuliani nutzen, um sich an die Spitze der GOP Kandidaten zu setzen. Dicht hinter ihm folgt der ehemalige Gouverneur von Massachusetts Mitt Romney und der mit viel Vorschußlorbeer versehene ehemalige Senator Fred Thompson, der allerdings die in ihn gesetzten Hoffnungen bisher nicht erfüllen konnte. Im Lager der Demokraten dagegen scheint alles unverändert: Senatorin Hillary Clinton konnte sich gegen Senator Obama behaupten. Zwar konnte Obama hinsichtlich der Summe der Wahlkampfspenden anfänglich zur ihr aufschließen, er vermochte dies aber bisher nur unzureichend in eine nachhaltige Popularitätszunahme unter den Wählern umzumünzen. Der ehemalige Senator John Edwards bleibt weiterhin in den nationalen Umfragen auf dem dritten Platz. Daß sich das Feld der Demokratischen Kandidaten verfestigt hat, wird gerade bei den Wahlkampfspenden sichtbar. Die beiden Top-Kandidaten der Demokraten haben bisher insgesamt 50% mehr an Spendeneinnahmen erzielt, als die beiden Spitzenkandidaten der Republikaner. Bei den Finanzreserven der Demokraten vergrößert sich dieser Vorsprung sogar noch deutlicher. Denn die Republikanischen Top-Kandidaten haben bereits wesentlich höhere Ausgaben für ihren Wahlkampf getätigt als ihre Opponenten von den Demokraten. Offensichtlich ist die Demokratische Basis bereits voll motiviert auf dem "Kriegspfad," während man im Republikanischen Lager wohl noch darauf wartet, daß sich der "wahre" Spitzenkandidat der Partei herauskristallisiert. Erst dann werden die Spendenhähne geöffnet. Nachdem die Demokratischen Kandidaten bisher immer höflich miteinander umgegangen sind, steigt bei ihnen nun der Druck, der Senatorin Hillary Clinton ihre Spitzenposition streitig zu machen. Eine Phase von schwächeren nationalen Umfrageergebnissen nach der Fernsehdebatte in Philadelphia scheint sie allerdings wieder überwunden zu haben. Jedoch liegen die Demokratischen Kandidaten weiterhin fast Kopf an Kopf im Vorwahlstaat Iowa.

Hillary Clinton (D)



Die Senatorin hat sich in den letzten Monaten gegen den von Medien (und der einflußreichen Talkshow-Masterin Oprah Winfrey) umjubelten Senator Barack Obama durchgesetzt. Nachdem Obama im zweiten Quartal des Jahres mehr Spendenmittel einsammeln konnte, trumpfte Senatorin Clinton im dritten Quartal mit Spendeneinnahmen von über \$27 Millionen auf, wovon \$22 für die Vorwahlen bestimmt sind. Mittlerweile hat Senatorin Clinton damit insgesamt fast \$91 Millionen eingesammelt, während Obama immerhin \$80 Millionen an Spendeneinnahmen verzeichnen konnte. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß die Senatorin im dritten Quartal \$10 Millionen von ihrer Senatswahlkampfkasse umgebucht hat. Jedoch konnte sie auch 100.000 neue Spender vermelden, von denen viele kleinere Summen gespendet haben, was die Möglichkeit offen läßt, sie später für weitere Spendenaufrufe zu kontaktieren. (70 Prozent der Spender der ersten beiden Quartale hatten bereits die maximale Summe von \$2.300 für den Vorwahlkampf gespendet und könnten daher höchstens die gleiche Summe für den eigentlichen Wahlkampf spenden.) Wichtiger jedoch ist, daß es Senator Obama bisher nicht gelungen ist,

seine reichlichen Spendeneinnahmen und infolgedessen gewachsenen Werbemöglichkeiten in anhaltende Populartätswüchse umzuwandeln. Einige Beobachter meinen daher, daß die Senatorin ihre finanziellen Reserven von knapp \$50,5 Millionen und zukünftige Spenden jetzt einsetzen muß, um ihren Vorsprung zu halten bzw. nicht weiter zu verlieren und ihre Partei-Rivalen damit auf ihre Plätze zu verweisen.

Barack Obama (D)

Der Senator hat trotz der Sommerpause stattliche \$21 Millionen im dritten Quartal eingenommen, wovon er ungefähr \$19 Millionen für die Vorwahlen ausgeben kann. Insgesamt hat er damit über \$80 Millionen an Spenden bekommen, wovon ihm noch \$36 Millionen zur Verfügung stehen. Auch wenn dies sein bisher schlechtestes Quartalsergebnis war, so konnte er doch 93.000 neue Spender werben, was seine Spenderdatenbank auf 352.000 Einträge anwachsen läßt. Beobachter fragen allerdings immer lauter, ob Obama ein Stimmungshoch unter seinen Befürwortern erreicht hat: trotz stattlicher Ausgaben nehmen seine Popularitätswerte nicht weiter zu - auch wenn die Spenden noch fließen. Es wird ihm daher empfohlen, doch endlich "to go negative" und mit aggressiven Attacken auf die Unterschiede zu Hillary Clinton hinzuweisen. Doch dies widerstrebt ihm wohl bisher (noch), vielleicht auch deshalb weil er genau diese "politics as usual" als die Ursache für die heutigen Grabenkämpfe zwischen den Parteien hält. Zwar wird allgemein anerkannt, daß Senator Obama ein ausgezeichnete Redner ist, der ein beträchtliches Maß an Ausstrahlung besitzt. In manchen Debatten ließ er allerdings auch Schwächen, insbesondere auf dem Gebiet der Außenpolitik, erkennen, die Senator Clinton sogleich genüßlich ausschaltete. Senator Obama verweist zwar immer wieder - insbesondere um sich von Senator Clinton abzuheben - darauf, daß er als einziger Kandidat von Anfang an gegen den Irakkrieg war (er war zu dem Zeitpunkt allerdings nur ein Abgeordneter im Landtag von Illinois). Jedoch macht das ihn in den Augen der Wähler noch nicht automatisch zu einem außenpolitischen Experten. Einige seiner Kommentare bezüglich der Iran- und Pakistanpolitik der Regierung wurden von Gegnern dann auch so zusammengefaßt: ein Präsident Obama würde den Partner Pakistan bombardieren und mit dem Feind Iran Gespräche führen. In der Tat erklärte Senator Obama in einer Fernsehdebatte, als zukünftiger Präsident würde er ohne Vorbedingungen Gespräche führen mit Fidel Castro, Hugo Chavez und Kim Il Jong.



John Edwards (D)

Der ehemalige Senator hat im letzten Quartal nur noch \$7 Millionen an Spendengeldern einnehmen können. Das hat seine Gesamteinnahmen zwar auf \$30 Millionen anwachsen lassen, aber ihm bleibt nur eine finanzielle Reserve von \$12 Millionen. Auch wenn die Mehrheit der Spenden des 3. Quartals von Kleinstspendern kam (97 Prozent der Spenden lagen unter \$250, weniger als 1 Prozent der Spenden lagen bei \$1.000 oder darüber) und deren Spendenlimit damit noch nicht ausgereizt sein muß, so hat er dennoch die Entscheidung getroffen, öffentliche Wahlkampfmittel anzunehmen. Er stellte diesen Entschluß letztendlich als eine Grundsatzentscheidung dar, jedoch wurde dieser Zug als Resignation angesichts des geringen Spendenaufkommens interpretiert. Damit sieht sich Edwards nun vor zwei neuen Herausforderungen: einerseits sind finanzielle Mittel aus öffentlichen Kassen an Auflagen gebunden, die die Ausgaben für die Vorwahlen beschränken. So kann Edwards nunmehr z.B. nur \$1,5 Millionen für die Vorwahl in Iowa ausgeben. Diese Summe kann zwar mit juristischen Spitzfindigkeiten auf knapp \$3 Millionen erhöht werden, aber damit wäre er kaum noch wettbe-



werbsfähig, denn er könnte nicht mehr flexibel auf Attacken reagieren, sobald sein Ausgabenlimit erreicht ist. Andererseits kann er mit dieser "Prinzipienentscheidung" zwar Hillary Clinton attackieren, jedoch nicht Senator Obama, der eine wesentlich größere Gefahr für Edwards' Kandidatur birgt, aber ebenfalls keine Spenden von Lobbyisten und "Special Interest Groups" annimmt.

Mitt Romney (R)

Unter den Republikanern führt bei den Spendeneinnahmen der ehemalige Gouverneur von Massachusetts, Mitt Romney. Er konnte im letzten Quartal ungefähr \$18 Millionen an Spenden einnehmen, was ihn auf ein Gesamtspendenaufkommen von fast \$63 Millionen bringt. Allerdings beinhaltet diese Summe auch zwei Kredite von \$8,5 und \$6,5 Millionen aus dem eignen Privatvermögen. Im Gegensatz zu seinen Republikanischen Kontrahenten, hat Romney bereits Werbung im Wert von \$8 Millionen in den frühen Vorwahlstaaten schalten lassen. Das erklärt, warum Romney trotz seines stattlichen Spendeneinkommens nur noch \$9 Millionen in der Wahlkampfkasse hat. Diese hohen Ausgaben haben offenbar bereits Früchte getragen, denn der ehemalige Gouverneur konnte in Iowa und New Hampshire bereits Popularitätszuwächse erringen, auch wenn man ihn auf nationaler Ebene noch wenig kennt. Offen bleibt allerdings, wie ein Republikaner, der im Demokratischen Massachusetts erfolgreich Gouverneur gewesen ist, jetzt den sozial-konservativen Flügel der Partei von sich überzeugen will. Die Tatsache, daß er angeblich bereit sein soll, bis zu 80 Millionen aus seinem privaten Vermögen (von geschätzten 250 Millionen) einzusetzen, könnte sich durchaus auch negativ auf seinen Wahlkampf auswirken. Im Vergleich zu dem zweimal geschiedenen Rudy Giuliani (dessen Kinder ein angespanntes Verhältnis zu ihm haben), bietet der Mormone Romney eine interessante Alternative für die Sozial-Konservativen in der Republikanischen Partei.



Rudy Giuliani (R)

Der ehemalige Bürgermeister von New York Rudy Giuliani, konnte im 3. Quartal mit Spendeneinnahmen in Höhe von \$11 Millionen seine Reserven auf \$16,5 Millionen aufstocken. Damit liegt er (wie auch Romney) zwar weit hinter den beiden Top-Kandidaten der Demokraten zurück, jedoch besteht die Herausforderung in dieser Phase darin, das eigene, Republikanische Lager von sich zu überzeugen. Zwar kann der "President of 9/11" wie kaum ein anderer Republikanischer Kandidat von seiner nationalen Bekanntheit und Beliebtheit profitieren. Doch bleibt unklar, wie er es schaffen will, seine Ansichten zu sozialen Fragen sowie seinen persönlichen Lebenslauf mit den Vorstellungen und Erwartungen der sozial-konservativen Republikaner in Übereinstimmung zu bringen. Meinungsführer der Evangelikalen haben bereits angedroht, im Falle der Nominierung Giulianis zum Republikanischen Präsidentschaftskandidaten, einen Kandidaten einer dritten Partei zu unterstützen. Laut Umfragen finden jedoch 75 Prozent der Republikaner die Themen wichtiger, in denen Giuliani ein klarer Konservativer ist (Terrorismus, Steuersenkung und Bildungs- sowie Krankenversicherungsreform), als die Bereiche Moral und Einwanderungspolitik, welche zu seinen Schwächen zählen. Giuliani wird also alles darauf setzen, diese erste Gruppe zu den Hauptthemen seines Vorwahlkampfes zu machen und dabei betonen, daß er wie wenige andere Republikanische Kandidaten eine reelle Chance hat, auch im November 2008 damit gewählt zu werden. Diese Logik (und die Aussicht einer Präsidentin Hillary Clinton) scheint auch einige Evangelikale überzeugt zu haben: der konservative Reverend Pat Robertson unterstützt nun die Kandidatur Giulianis.



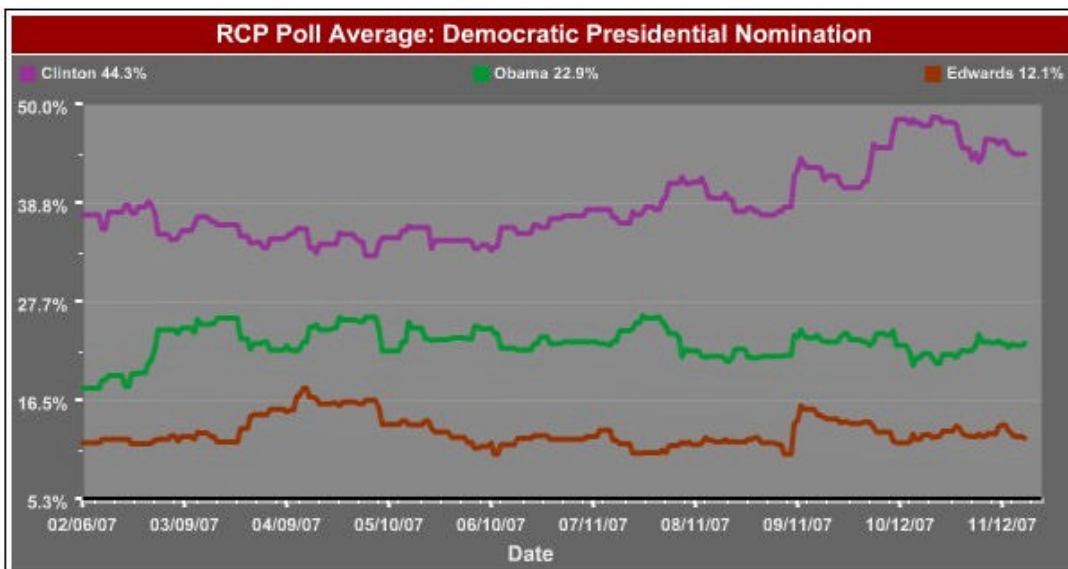
Fred Thompson (R)

Der ehemalige Senator Fred Thompson hat erst im September seine Kandidatur offiziell bekanntgegeben und zusammen mit dem Spendeneinkommen seines "Erkundungskomitees" insgesamt fast \$13 Millionen an Spendeneinnahmen erzielt. Trotz seines späten Starts konnte Thompson bereits beachtliche 80.000 Einzelspender gewinnen, die zusammen mit einer Spendenrate von fast \$200.000 pro Tag ihrer Unterstützung Gewicht verliehen. Allerdings bleibt er mit diesen Werten weit hinter den Gesamteinnahmen seiner Gegner zurück. Insofern ist es nicht überraschend, daß Thompson versucht, in erster Linie auf die frühen Vorwahlstaaten von Iowa, New Hampshire, South Carolina und Florida zu setzen. Beobachter vermissen allerdings bei ihm die Energie und den deutlich erkennbaren Willen zur Kandidatur. Sein vergleichsweise leerer Terminkalender ist ein Indiz hierfür. Seine Auftritte bei den verschiedenen Republikanischen Fernsehdebatten der letzten Wochen konnten nicht überzeugen.

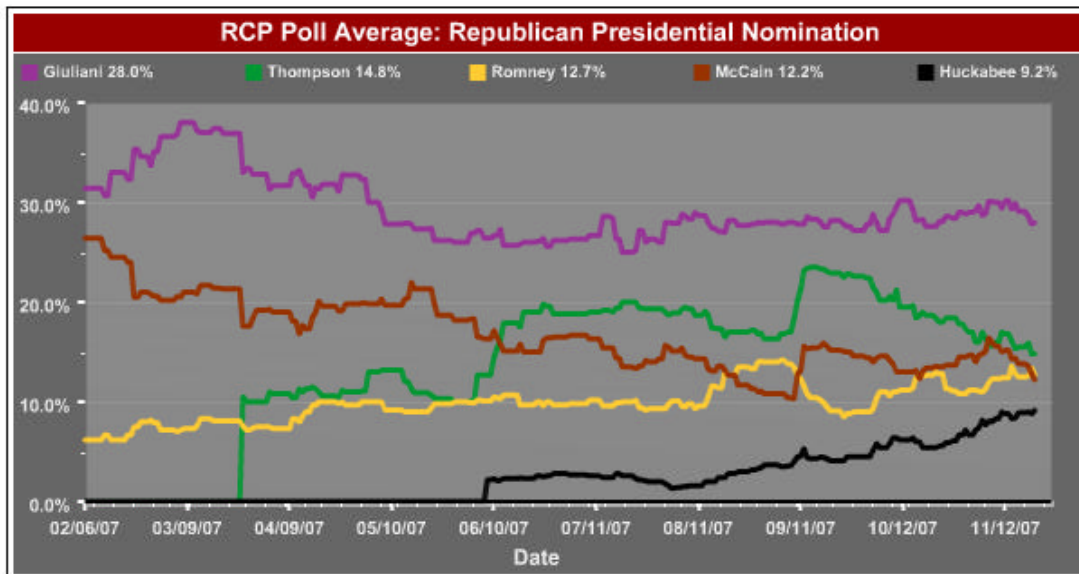


Nationale Barometer

Wenn man die nationalen Umfragewerte betrachtet (und nicht nur das finanzielle Barometer), so konnte Senatorin Hillary Clinton ihren Vorsprung vor Senator Barack Obama und John Edwards deutlich ausbauen. Ein Umfrageaggregat (RealClearPolitics.com) zeigt, wie sich ihre Beliebtheit fast stetig der 50 Prozentmarke genähert hat (auch wenn sie in den letzten Wochen Verluste verzeichnen musste), während Obama weiterhin im 20-25 Prozent- und Edwards im 11-14 Prozentbereich stagnieren.



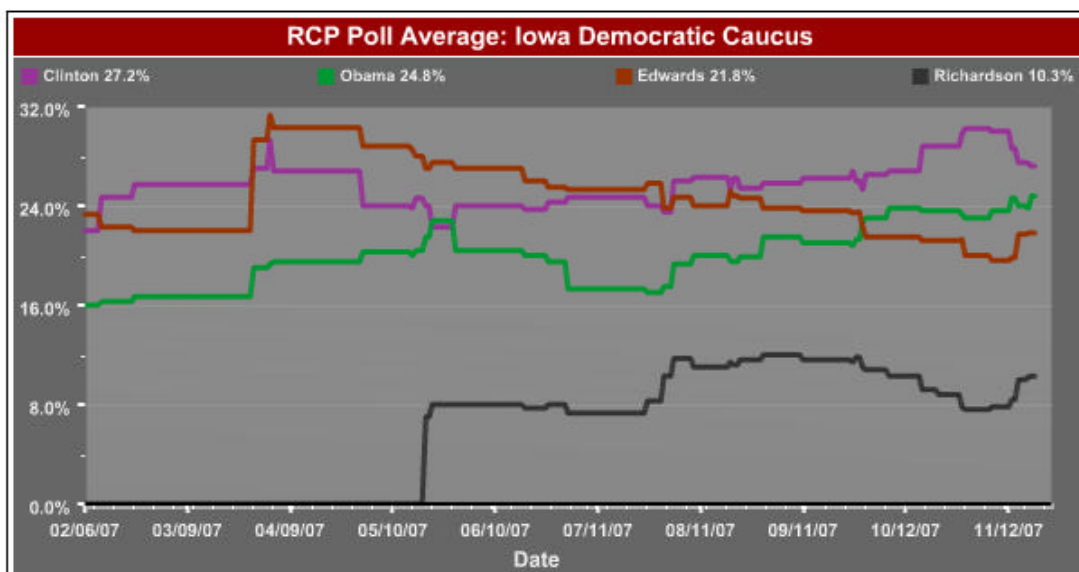
Bei den Republikanern entspricht das Bild nicht ganz den Spendenzahlen: Rudy Giuliani liegt vorn, auch wenn sich seine Beliebtheit von den hohen 30iger Prozentwerten langsam auf knapp unter 30 Prozent eingependelt hat. Nachdem Fred Thompson als einziger Republikanischer Kandidat ursprünglich einen deutlichen Zuwachs vorweisen konnte, sind seine Umfragewerte in den letzten zwei Monaten stetig gefallen. Mitt Romney hingegen ist bisher national relativ unbekannt, was sich in einer nur langsam wachsenden Popularität (etwas über 10% Prozent) widerspiegelt.



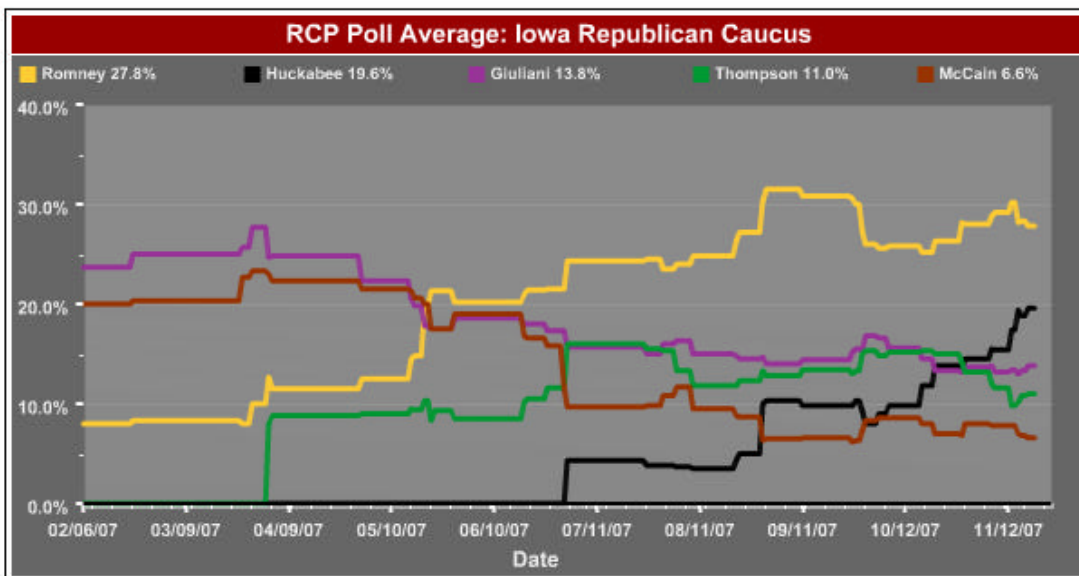
Regionale Stimmung

Laut Beobachtern wie Stuart Rothenberg der Zeitung *Roll Call* sind nationale Umfragewerte jedoch nur wenig aussagefähig, da zu viele der Befragten in Bundesstaaten leben, in denen manche Kandidaten noch überhaupt keinen Wahlkampf betrieben haben. Daher liegen in den nationalen Umfragen meist solche Kandidaten vorne, die bereits "celebrities" sind. Falls jedoch zum Beispiel Mitt Romney in Iowa gewinnen sollte, würde er nicht nur für die Medien interessant, sondern auch für die Allgemeinheit, die ihn auf nationaler Ebene noch auf dritter Stelle sieht. Es kommt daher vor allem darauf an, wie gut ein Kandidat auf lokaler Ebene organisiert ist und Werbung schaltet. Manche Kandidaten konzentrieren ihren Wahlkampf daher gerade auf jene Staaten, in denen traditionell die ersten Vorwahlen stattfinden. Der Gewinn oder eine gute Platzierung bei einer der ersten Vorwahlen kann für einen Kandidaten erheblich mehr wert sein als viele Spendenmillionen.

Im traditionell ersten Vorwahl/Caucus-Staat, Iowa, liegen Hillary Clinton und Mitt Romney vorn: Unter den Demokratischen Kandidaten führt Clinton nur noch relativ knapp mit 27,2 Prozent (nachdem sie kurzzeitig die 30 Prozentmarke überschritten hatte), Obama erhält 24,8 Prozent und John Edwards immerhin noch 21,8 Prozent.



Unter den Republikanischen Caucus-Wählern führt Mitt Romney mit 27,8 Prozent, gefolgt von Rudy Giuliani mit 13,8 Prozent und Fred Thompson mit 11 Prozent. Innerhalb des letzten Monats hat allerdings Gouverneur Mike Huckabee seine Umfragewerte beträchtlich verbessern können und liegt nun in Iowa auf zweiter Stelle!



Es bleiben noch weniger als sieben Wochen bis zu den ersten Vorwahlen am 3. Januar in Iowa. Dabei wird einerseits hoch interessant werden, ob es Senator McCain in New Hampshire nocheinmal schaffen kann, nachdem er bereits im Jahr 2000 dort eine Mehrheit von sich überzeugen konnte. McCain, der bei vielen bereits als politisch Totgesagter gilt, fehlen momentan die finanziellen Mittel, um gegen seine Kontrahenten national eine Chance zu haben. Viel wird davon abhängen, ob er es schafft, in den frühen Vorwahlstaaten für eine Überraschung zu sorgen und damit neue Spender zu mobilisieren.

Neben McCain ist auch Mike Huckabee von Interesse: der ehemalige Gouverneur von Arkansas ist in den letzten Wochen als Alternative für die sozial-konservativen Wähler ins Gespräch gekommen. Der ehemalige Baptistenpfarrer ist ehemals vor allem mit seinem Gewichtsverlust von über 50 Kilogramm bekannt geworden, den er in seinem Buch beschrieb und damit die Nation aufforderte gesünder zu leben. Nur hat Huckabee bisher noch keine regionalen grass-roots Netzwerke entwickelt bzw. seine Spendeneinnahmen liegen weit hinter denen seiner Kontrahenten. Dieses Szenario könnte sich schnell ändern, wenn es ihm gelingt, den zweiten Platz in Iowa zu halten. Jedoch fangen seine Republikanischen Kontrahenten erst jetzt an, ihn in den Debatten mit scharfen Fragen zu attackieren.

Klar ist, daß sich in den nächsten sieben Wochen weiteren Persönlichkeiten und Interessensgruppen hinter ihre jeweiligen Kandidaten stellen werden. Des weiteren wird es nicht nur bei den direkten, scharfen Attacken in den Fernsehdebatten bleiben, sondern auch wieder zu den ersten Schlammschlachten kommen für die der amerikanische Wahlkampf so bekannt ist. Und dank des Internets kann man sicher sein, daß jeder Wähler mit seiner digitalen Kamera einen Ausrutscher der Kandidaten sekundenschnell verbreiten kann.